

5. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz.

15. Dezember 1950.

189/J

Anfrage

der Abg. Koplenig und Genossen  
 an den Bundesminister für Inneres;  
 betreffend die Verletzung der Verfassung durch ein Geheimzirkular zur  
 Verhinderung von Reisen in Länder der Volksdemokratie.

Der Herr Bundesminister für Inneres liess an alle Sicherheitsdirektionen und Bundespolizeibehörden einen "streng vertraulichen" Erlass betreffend "Gruppenreisen von Österreichern in volksdemokratische Staaten" ergehen. In diesem Erlass heisst es:

"Österreichische Reisegruppen, die als Delegationen, Deputationen, sogenannte Arbeitsbrigaden, zwecks Teilnahme an Kongressen und Veranstaltungen oder zu ähnlichen Zwecken in volksdemokratische Staaten gefahren sind, haben, wie dem ho. Amte bekannt wurde, dortselbst vielfach eine politische Tätigkeit entfaltet, die der Politik der Bundesregierung und der Einstellung der überwiegenden Mehrheit des österreichischen Volkes zuwiderlief und eine Gefährdung des Ansehens und der internationalen Stellung Österreichs darstellte.

Es ergeht daher die Einladung, in Hinkunft über alle dem do. Amte zur Kenntnis gelangenden Reisevorhaben der erwähnten Art jeweils auf dem kürzesten Wege anher zu berichten und vor der Ausstellung von Reisepässen an Teilnehmer solcher Reisen eine ho. Weisung einzuholen."

Dieser unverschämte Erlass trägt die Unterschrift des Herrn Bundesministers Helmer. In strenger Vertraulichkeit werden hier verfassungsmässige Rechte österreichischer Staatsbürger verletzt und Grundsätze der Demokratie mit Füssen getreten. Das Ansehen und die internationale Stellung Österreichs werden nicht durch Reisegruppen in volksdemokratische Staaten, sondern durch die antidemokratischen Willkürakte des Bundesministers für Inneres gefährdet. Es ist allgemein bekannt, dass der Bundesminister für Inneres den wesentlichen Inhalt seiner politischen Tätigkeit darin erblickt, eine die Interessen Österreichs schädigende und gegen gutnachbarliche Beziehungen gerichtete Hetze gegen die Sowjetunion und gegen die Länder der Volksdemokratie zu

6. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz. 15. Dezember 1950.

entfalten. Jeder österreichische Staatsbürger, der Gelegenheit hat, die Länder der Volksdemokratie aus eigener Anschauung kennenzulernen, wird zu einem Kronzeugen gegen die Hasspropaganda der Regierungspolitiker und zu einem Fürsprecher der so dringend nötigen Völkerverständigung. Aus diesem und aus keinem anderen Grunde will der Bundesminister für Inneres Reisen in die Länder der Volksdemokratie unterbinden und fortschrittlichen Österreichern nicht gestatten, den vom kapitalistischen Westen erfundenen "Eisernen Vorhang" zu durchbrechen. Mit verfassungswidrigen antidemokratischen Massnahmen will der Herr Bundesminister für Inneres verhindern, dass freundschaftliche Beziehungen mit unseren Nachbarvölkern entstehen und die Wahrheit über die Volksdemokratie bekannt werde.

Wir richten daher an den Herrn Bundesminister für Inneres die

Anfrage:

Ist der Herr Bundesminister bereit, seinen verfassungswidrigen, das Ansehen und die internationale Stellung Österreichs gefährdenden Geheimerlass zurückzuziehen und im Reiseverkehr österreichischer Staatsbürger die demokratischen Grundrechte, auf die er vereidigt wurde, zu respektieren?